

Christoph Scherrer

Critical International Relations. Kritik am neorealistischen Paradigma der internationalen Beziehungen

Seit einigen Jahren hat sich im englischsprachigen Raum eine neue Art der Kritik am vorherrschenden neorealistischen Paradigma der Internationalen Beziehungen entfaltet. Direkter und dezidierter als die bisherigen herrschaftskritischen »Denkschulen« (Dependenztheorie, Weltsystemansatz, Regulationstheorie etc.) setzt diese Kritik an den fundamentalen erkenntnistheoretischen und ontologischen Annahmen dieser der Bewahrung der bestehenden Weltwirtschafts»ordnung« verpflichteten Theorietradition an. Diese Kritik, die hier mit dem Begriff »Critical International Relations« (CIR) bezeichnet werden soll, greift das rationalistisch-moderne Wissenschaftsverständnis des »Neorealismus« an. CIR hinterfragen sowohl die Vorstellung, daß Wahrheit durch die Ausschließung des Subjekts aus dem Erkenntnisprozeß gewonnen werden könne, als auch den »imperialistischen« Universalismus, der ein männlich-westlich geprägtes Verständnis von Rationalität als universell gültig setzt. Demgegenüber wird die Kontextabhängigkeit jeglicher Art von Aussagen hinsichtlich Raum, Zeit und Sprache betont. Damit haben, wenn auch verspätet, die aufklärungskritischen Einsichten der Frankfurter Schule und des französischen Poststrukturalismus Einzug im Fach der Internationalen Beziehungen gehalten.

Critical International Relations zielen nicht nur auf eine fundamentale Infragestellung des am Status quo orientierten neorealistischen Paradigmas, sondern auch auf ein besseres Verständnis der Art und Weise, wie diese vorherrschende Theorietradition bestehende Machtverhältnisse und Interessen reflektiert und reproduziert. Den CIR könnte es auch gelingen, eine Kritik der herrschenden Lehre auch denen zugänglich zu machen, die an marxistischen Analysen eine Überbetonung der Klassenspaltung gegenüber anderen Herrschaftsverhältnissen bemängeln. Erkenntnisgewinne für die konkrete Analyse weltwirtschaftlicher Entwicklungen sind beim derzeitigen Stand der Diskussion von den CIR allerdings weniger zu erwarten.

Da CIR vornehmlich eine Kritik des Neorealismus darstellen, werde ich diesen als erstes kurz vorstellen. Nach einer knappen Einordnung der wichtigsten CIR-AutorInnen wird dann die CIR-Kritik am Mainstream und die Reaktion der Neorealisten auf diese Kritik dargestellt.

1. Das Feld der Politischen Ökonomie Internationaler Beziehungen

Spätestens seit Adam Smith liegen bedeutsame Analysen der politischen Ökonomie internationaler Beziehungen vor. Als eigenständige wissenschaftliche Disziplin mit eigenen Promotionsstudiengängen gliederte sich die »politische Ökonomie der Internationalen Beziehungen« im angelsächsischen Raum aber erst am Ende der 60er Jahre aus dem Fach der Internationalen Beziehungen heraus. Während in Deutschland das Studium der globalen Ökonomie außerhalb des Kieler Instituts für Weltwirtschaft institutionell eher ein Schattendasein führt, das vornehmlich von herrschaftskritischen Ansätzen ausgefüllt wird (siehe den Übersichtsbeitrag von Tudyka 1990), entwickelte sich in den USA ein Diskurs der politischen Ökonomie internationaler Beziehungen in der Tradition machiavellistischer Fürstenberatung (Gilpin 1984: 303). Diese Art politökonomischer Forschung und Beratung findet im wesentlichen innerhalb der vorherrschenden Paradigmen des Faches von den Internationalen Beziehungen statt: Realismus/Neorealismus und Idealismus/Globalismus. Im Mittelpunkt des Interesses steht die Frage, wie die bestehende liberale Weltmarktordnung gesichert werden kann, wobei die Bedeutung US-amerikanischer Hegemonie für die Zielvorgabe weltwirtschaftlicher Stabilität kontrovers diskutiert wird (siehe Hübner 1990).

In der Auseinandersetzung mit diesem sogenannten *Mainstream* beziehen sich die kritischen TheoretikerInnen vornehmlich auf die als »neorealistisch« bezeichneten Arbeiten. Autoren wie Robert Gilpin und Joseph Grieco bezeichnen sich als Neorealisten, weil sie sich zur Tradition des »Realismus« auf dem Felde der internationalen Beziehungen bekennen (Gilpin 1984, Grieco 1990). Mit »realistischen« Autoren wie Morgenthau, Carr, Herz, Niebuhr und Kissinger verbinden die Neorealisten vor allem folgende Vorstellungen:

- Im internationalen System herrscht Anarchie, da eine zentrale Zwangsgewalt fehlt.
- Staaten sind die wichtigsten Akteure in diesem System, sie können als zentral geleitete, ganzheitliche Akteure aufgefaßt werden.
- Die Außenpolitik eines Staates wird im wesentlichen durch das internationale System beeinflußt und nicht so sehr von innenpolitischen Vorgängen.
- Zwischen den Staaten herrscht ein Nullsummenspiel um Macht, Einfluß und Ressourcen (Junne 1990: 356; Meyers 1993: 60).

Vom klassischen Realismus unterscheidet sich der Neorealismus vor allem durch sein *szientistisches* Wissenschaftsideal, d.h. der Vorstellung, daß die Standards und Methoden der analytisch-experimentell verfahrenen Na-

turwissenschaften auch auf dem Felde der internationalen Beziehungen anwendbar sind. Die Neorealisten werfen den klassischen Autoren vor, zu sehr mit dem gesunden Menschenverstand und zu kontextbezogen argumentiert zu haben. Zudem hätten sie keine operationalisierbaren Hypothesen aufgestellt, so daß deren Arbeiten nicht die Popperschen Kriterien der Wissenschaftlichkeit erfüllen würden. Auch hätten sie den subjektiven Wahrnehmungen der Akteure der internationalen Beziehungen zu viel Gewicht eingeräumt, und seien von metaphysischen, normativen Annahmen über menschliches Verhalten (»der sündige Mensch«) ausgegangen. Zudem hätten sie sich zu sehr auf die politische Ebene konzentriert und wären naiv gegenüber ökonomischen Zusammenhängen gewesen (siehe Übersicht bei Meyers 1991).

Quer zu dieser epistemologischen Kontroverse zwischen einer durch den Common Sense legitimierten, traditionellen Zugangsweise und einem rationalistisch-erfahrungsanalytischen, szientistischen Ansatz liegt im Mainstream die ontologische Differenz zwischen »Realismus« und »Idealismus«. Für AutorInnen innerhalb der idealistischen Tradition sind nicht die souveränen Staaten und deren systemische Interaktionen unter anarchischen Bedingungen Ausgangspunkt ihrer theoretischen Arbeiten, sondern der »verbesserungsfähige« Mensch in einer (im Entstehen begriffenen) Weltgesellschaft mit einer universalistischen Verfassung. Durch die fortschreitende Verdichtung des internationalen Waren-, Kapital- und Informationsflusses hat die »idealistische« Strömung, die durch das Scheitern des Völkerbundes marginalisiert worden war, neuen Auftrieb erhalten und tritt heute, »geläutert« von utopischen Annahmen über die menschliche Natur als »Neoliberalismus« auf. Ihr Interesse gilt vor allem den Möglichkeiten des interaktiven Lernens der im internationalen Raum agierenden Akteure und der Frage wie diese Möglichkeiten institutionell abgesichert werden können (Stichwort: Regime). Neoliberale Autoren wie Joseph Nye, Robert Jervis und Stephen Krasner teilen jedoch das Wissenschaftsverständnis der Neorealisten und erkennen sogar die neorealistischen Postulate der Anarchie im internationalen Raum sowie die Zentralität des Nationalstaates an. Alexander Wendt hat sie deshalb auch als »weak realists« bezeichnet (1992: 392).

2. Critical International Relations als Importunterfangen

Obgleich die hier vorgestellte Kritik am Neorealismus einige Annahmen und Kritikpunkte mit den traditionellen und idealistischen Denkschulen innerhalb des Fachs Internationale Beziehungen teilt, zeichnet sie sich vor allem durch ihren Bezug auf Diskurse in anderen Disziplinen der Sozi-

alwissenschaften aus. Critical International Relations (CIR) sind ein Importunterfangen, der Versuch andernorts entwickelte positivismuskritische Theorien für das Fach Internationale Beziehungen fruchtbar zu machen. Da die Unzufriedenheit mit der Status-quo-Orientierung des Mainstream die CIR-AutorInnen eint und motiviert, lag es nahe, auf Theorien zurückzugreifen, die sich in anderen sozialwissenschaftlichen Disziplinen als herrschaftskritisch bewährt haben. Im eigenen Feld hätten zwar marxistische Stränge (Imperialismus-, Dependenz-, Weltsystemtheorie) aufgegriffen werden können, doch nicht zuletzt aufgrund ihres Ökonomismus erwiesen sich diese Ansätze als nur begrenzt tauglich für eine Kritik des vorherrschenden, politologisch fundierten Neorealismus. Das Werk von Antonio Gramsci, das sich weniger mit Fragen des Mehrwerttransfers als mit dem Einfluß von Ideologie und Kultur auf politische Strategien beschäftigte, bot sich hier eher an, zumal es seit den 70er Jahren verstärkt in den Sozialwissenschaften rezipiert wurde. Vor allem Robert Cox, Stephen Gill, Roger Tooze und Greg Murphy haben versucht, die vornehmlich im italienischen Kontext gewonnenen Einsichten von Gramsci auf das Feld der internationalen Beziehungen zu übertragen. Von den hier vorgestellten Arbeiten befassen sich diese neogramscianischen am stärksten mit Fragen der globalen Ökonomie. Für Autoren, die stärker im Fach der Internationalen Beziehungen als in dem der Politischen Ökonomie verankert sind, lag der Rekurs auf die ideologiekritische Theorie der »Frankfurter Schule« näher. Unter den vorgestellten AutorInnen stehen vor allem Richard Ashley, Jim George, Thomas Biersteker in dieser Tradition.

Das Gros der kritischen AutorInnen in den Literatur- und Sozialwissenschaften hat sich im letzten Jahrzehnt jedoch von marxistischen Theorie-traditionen entfernt. Zulauf erhielten Autoren wie Michel Foucault und Jacques Derrida. Indem Foucault Wissen als Resultat diskursiver Praktiken auffaßte, stellte er vielleicht noch expliziter als die Frankfurter Schule den universalistischen Erkenntnisanspruch positivistischer Wissenschaft in Frage. Dadurch wurde er nicht nur attraktiv für eine Auseinandersetzung mit dem herrschenden Wissenschaftsverständnis, sondern auch für eine Kritik des universellen Erklärungsanspruches marxistischer Klassenanalysen. Zudem öffnete Foucault den Blick für Machtverhältnisse selbst in den »letzten Verästelungen« gesellschaftlicher Praktiken. Gerade feministische Analysen knüpfen an seinen Untersuchungen zur »Mikrophysik der Macht« an (Diamond/Quinby 1988). Die hier vorgestellten Versuche von Ann Tickner, Spike Peterson und Jean Elshtain, feministische Einsichten für das Fach Internationale Beziehungen fruchtbar zu machen, sind ebenfalls von der Rezeption Foucaults geprägt. Der direkte Bezug vor al-

lem auf dessen poststrukturalistische Phase findet sich in den späteren Werken von Ashley sowie bei Der Derian, Walker und Shapiro.

Auch die Arbeiten von Alexander Wendt lassen sich zu den Critical International Relations zählen. Wendt bezieht sich auf Anthony Giddens Theorie der Strukturierung, die die Reflexions- und Handlungsfähigkeit der einzelnen Subjekte sowie den doppelten Charakter von Strukturen als Medium und Resultat des Handelns betont.

Das herrschaftskritische Anliegen der CIR-AutorInnen steht allerdings nur in einem mittelbaren Zusammenhang mit den von den herrschenden Zuständen besonders betroffenen Gruppen: bei den feministischen Autorinnen dürfte dieser Zusammenhang noch am unmittelbarsten sein. Erfahrungen in friedensbewegten Zusammenhängen sind für einige AutorInnen inspirierend gewesen (z.B. Der Derian), aber ihre Kritik am Fach Internationale Beziehungen resultiert nicht aus friedenspolitischen Aktivitäten. Critical International Relations ist primär ein theoriekritisches Unterfangen, das selbst noch nicht zu kohärenten Theorien der internationalen Beziehungen geführt hat. Auch steht die theoriegeleitete Deutung historischer oder derzeitiger globaler Entwicklungen noch weitgehend aus, soweit dies von den einzelnen AutorInnen überhaupt angestrebt wird. Bisher war das Interesse der Critical International Relations vor allem auf die Frage gerichtet, inwieweit die vorherrschenden Paradigmen der Theorie der Internationalen Beziehungen bestehende Machtverhältnisse und Interessen reflektieren und reproduzieren. Dieser Punkt soll hier im Vordergrund stehen.

3. Kritik am positivistischen Wissenschaftsverständnis

Die Kritik der CIR setzt am positivistischen Wissenschaftsverständnis der Neorealisten an. Positivistisch ist der Neorealismus, weil sein Konzept von Wahrheit, die Vorstellung einer »an sich« bestehenden, objektiven, sprachunabhängigen Wirklichkeit voraussetzt, die mit den den Naturwissenschaften entlehnten Methoden unmittelbar erkannt werden kann. Richard Ashley faßt in seiner polemischen Kritik des Neorealismus dessen erkenntnistheoretischen Annahmen in vier Punkten zusammen:

1. Die Wirklichkeit, auch die gesellschaftliche, kann wissenschaftlich mittels struktureller oder kausaler Beziehungen, die außerhalb subjektiver Erfahrungen stehen, erfaßt werden.
2. Wissenschaft versucht technisch verwertbares Wissen zu erzeugen, das die Genauigkeit von Voraussagen erhöht, das handlungsanleitend ist, und Kontrolle über die Umwelt im Dienste jeweils gegebener Werte verleiht.
3. Produziertes Wissen soll wertneutral sein.

4. Alle generalisierenden Aussagen sollen mittels beobachtungsgestützter Erfahrung überprüfbar sein (vgl. Ashley 1984: 249f).

In ihrer Auseinandersetzung mit diesem positivistischen Wissenschaftsverständnis bedienen sich die CIR-AutorInnen vor allem der Argumente, die seitens der Kritischen Theorie gegen den Positivismus vorgebracht worden sind (Adorno u.a. 1969). Sie weisen darauf hin, daß es keine vortheoretischen empirische Befunde gibt, daß die empirische Wirklichkeit eine sprachlich konstituierte ist, daß die Daten und Fakten dieser Wirklichkeit theorie- und methodenabhängig sind und daß das Postulat der Wertfreiheit selbst einen ideologischen Charakter hat.

Die CIR-AutorInnen bleiben jedoch nicht bei dieser pauschalen Kritik stehen, sondern versuchen im einzelnen die Annahmen des Neorealismus zu hinterfragen. Aus den verschiedenen Strömungen der CIR möchte ich hier jeweils einen zentralen Kritikpunkt herausgreifen. Beginnen werde ich mit der feministischen Kritik am genderkodierten dichotomen Weltbild des Fachs Internationale Beziehungen. Daran anschließend wird die poststrukturalistisch-inspirierte Kritik an der vorherrschenden Gegenüberstellung von »Souveränität« und »Anarchie« vorgestellt. Die Kritik an der Methode, Interessen und Identitäten der Akteure als exogen gegeben vorauszusetzen, wird anhand von Arbeiten entwickelt, die sich an Giddens Theorie der Strukturierung orientieren. Schließlich wird die Kritik an der ontologischen Annahme, Staaten seien die Grundeinheiten im internationalen System, vornehmlich mittels neogramscianischer Autoren dargestellt.

4. Feministische Kritik: Asymmetrisch dichotomes Denken

Von feministischer Seite wird vor allem die Vorstellung der Neorealisten kritisiert, Wahrheitsansprüche könnten durch Rationalität im Sinne einer Trennung von Subjekt und Objekt eingelöst werden (Birckenbach 1991: 971). Die bereits von Horkheimer und Adorno formulierte Einsicht, daß die Distanz des Subjekts zum Objekt, in der Distanz zur Sache begründet ist, die der Herr durch den Beherrschten gewinnt (Horkheimer/Adorno 1969: 19), wird hierbei aufgegriffen und zugespitzt. Die Trennung von Subjekt und Objekt gilt als grundlegend für ein Denken, das patriarchale Herrschaft reproduziert. In dieser dichotomen Weltansicht werden zum einen die vielfältigen Formen der Realität in zwei gegensätzliche Pole gezwängt. Zum anderen wird der eine Pol gegenüber dem anderen privilegiert, und zwar gemäß einer geschlechtlichen Kodierung. Die Pole der vielzähligen Dichotomien wie Öffentlichkeit und Privatheit, Verstand und Gefühl, Ordnung und Anarchie, Autonomie und Abhängigkeit, Beschützer und Beschützte, die zur »männlichen« Seite gerechnet werden, genießen eine hö-

here Wertigkeit (Peterson 1992: 7). Eine besonders ausgeprägte genderekodierte, binäre Sichtweise weist Ann Tickner den Arbeiten von Morgenthau nach, die die Durchsetzung einer von irrationalen (=weiblichen) Elementen befreiten Rationalität als Politikziel vorgeben (1988). Auch die Neorealisten, die nicht mit einem pessimistischen Menschenbild arbeiten, bevorzugen eine »männlich« konstruierte Rationalität, indem sie die Akteure des Systems der internationalen Beziehungen als nutzenmaximierende Individuen auf Systemzwänge reagieren lassen (Tickner 1992: 74). Eine offensichtliche Folge dieses Denkens sei der Ausschluß des »Weiblichen« aus den internationalen Beziehungen, was in der Regel auch den der Frauen bedeutet, und zwar sowohl als Akteurinnen (es sei denn, sie übernehmen männliche Verhaltensweisen) als auch als Forschungs»objekte«. So wurde etwa in den entwicklungspolitischen Debatten jahrelang die führende Rolle der Frau in der Landwirtschaft übersehen, mit der Konsequenz, daß die an den Frauen vorbei geplante Entwicklungshilfe nicht ihre Ziele erfüllte (worauf als erste Ester Boserup [1970] aufmerksam gemacht hat). Jedoch würden nicht nur Frauen aus der neorealistischen Analyse ausgeschlossen, sondern auch jene Verhaltensweisen, die nicht zum Verhaltenskanon eines autonomen, mit anderen konkurrierenden und machtmaximierenden Individuums bzw. Staates gehören. Ebensowenig wie eine Gesellschaft denkbar ist, die nur aus nutzenmaximierenden Individuen besteht (siehe unten), ließe sich das internationale Geschehen ausschließlich auf »klassisch männliches« Verhalten reduzieren. Die im internationalen Raum entwickelten Verkehrsformen würden, trotz aller Konflikthaftigkeit, auch nicht-konkurrenente Weisen miteinschließen (Tickner 1988: 31).

Schließlich führe das dichotome Denken nicht nur analytisch zu einem »schiefen Blick« auf das gesamte Spektrum internationaler Verhaltensweisen, sondern würde zur Reproduktion der bestehenden Herrschaftsstrukturen und der gewaltsamen Formen der Konfliktaustragung beitragen. Für diese These finden sich unterschiedliche Begründungsfiguren. Spike Peterson beispielsweise führt aus, wie die Beschützer/Beschützte-Dichotomie des sicherheitspolitischen Diskurses Herrschaft legitimiert und perpetuiert (1992a). Ich möchte mich in diesem Zusammenhang auf Richard Ashleys Argumentation (1988) konzentrieren, da er sich mit derjenigen Fragestellung auseinandersetzt, die sowohl für die Neorealisten als auch für die Neoliberalen zentral ist: nämlich mit der Frage nach der Ordnung in der Welt, die durch die polar gegenübergestellten Begriffe »Souveränität« und »Anarchie« erfaßt wird.

5. Poststrukturalistische Kritik: Souveränität vs. Anarchie

Ashley zeigt auf, wie im neorealistischen und neoliberalen Diskurs »Souveränität« (ausschließliche politische Verfügungsgewalt über ein Territorium) als regulatives Ideal gegenüber »Anarchie« privilegiert wird. Souveränität signalisiere in diesem Diskurs die Existenz einer Identität mit rationalen Eigenschaften und homogener Präsenz, mit einem einzigen Steuerungszentrum über ein kohärentes »Selbst«, abgetrennt und in Opposition zu einem äußerlichen Raum von »Differenz«. »Anarchie« hingegegen stünde für alles was Souveränität nicht repräsentiert: Fragmentierung, Zufall und Mehrdeutigkeit (oder wie Robert Gilpin zustimmend Hobbes zitiert »it's a jungle out there«; 1984: 290). Da eine »souveräne« globale Zwangsgewalt fehlt, so der orthodoxe Diskurs, herrsche auf internationaler Ebene Anarchie.

Dieser globalen Anarchie wird die Souveränität idealisierter Staats-Subjekte entgegengesetzt, die innerhalb ihres Territoriums Anarchie gebannt haben und somit als Ordnungsfaktoren eine privilegierte Stellung im Neorealismus einnehmen. An dieser Privilegierung knüpft Ashleys Kritik an. Der Staat sei ein umkämpftes politisches Konstrukt. Seine Konstituierung impliziere stets den Ausschluß alternativer Ansprüche (und den damit verbundenen Subjekten) und die Externalisierung gesellschaftlicher Differenzen, Konflikten und Unbestimmtheiten. Innergesellschaftliche Differenzen würden durch die Durchsetzung staatlicher Souveränität zu zwischengesellschaftlichen werden. Somit sei die Konstituierung »souveräner« Staaten, die dabei erfolgenden Grenzziehungen, und die Homogenisierung der jeweiligen Bevölkerungen, Teil der Problematik von »Ordnung ohne einen Ordnungsstifter« (Ashley 1988: 253).

Die problematische Gegenüberstellung von Souveränität und Anarchie wird nach Ashley auch nicht dadurch aufgehoben, daß in der neorealistischen Literatur immer häufiger auch nicht-staatliche Akteure mitberücksichtigt werden. Denn diese Akteure würden analog zu den Staaten unabhängig von ihrer jeweiligen Beschaffenheit (Personen, Organisationen etc.) wiederum als souveräne Einheiten konkretisiert: innerlich kohärent, mit klaren zentralen Entscheidungsstrukturen. Alle Akteure, die nicht autonome Erzeuger von Bedeutung sind, die keine klar abgegrenzte souveräne Identität vorzuweisen haben, würden nicht berücksichtigt. Die Annahme vom souveränen Staat könnte somit aufrechterhalten werden, nur daß sich neben dem Staat noch andere souveräne »Stimmen« stellen. Die Wirklichkeit der internationalen Beziehungen ergäbe sich entsprechend als Summe der rationalen Entscheidungen aller (anerkannter) souveräner Akteure (siehe auch George 1993: 225). Die Problematik von »Ordnung ohne einen

Ordnungsstifter« könnte deshalb im Gedankengebäude der Neorealisten weiterhin nur durch irgendeine zentrale Ordnungsmacht (z. B. eine Weltregierung, ein übermächtiger Territorialstaat, eine übergreifende Ideologie oder ein kohärentes Gefüge von Normen) gelöst werden, die kompetent und machtvoll genug ist, um Staat und Gesellschaft zu repräsentieren und die jeweiligen Grenzen festzulegen (Ashley 1988: 253).

6. Konstruktivistische Kritik: Exogen vorgebene Interessen und Identitäten

Aus dem Zustand der Anarchie im internationalen System folgern die Neorealisten, daß für alle Staaten die jeweilige Umwelt potentiell feindlich ist und die Staaten deshalb auf sich selbst angewiesen sind und entsprechend Vorsorge auf dem Wege der sogenannten Selbsthilfe treffen müssen. Für Alexander Wendt (1992) beruht diese Schlußfolgerung jedoch auf einer vorschnellen Festlegung des Bedeutungsinhaltes von Anarchie: es sei auch ein Zustand ohne zentrale Zwangsgewalt denkbar, in dem sich alle Staaten gegenseitig als einander freundlich gesonnen wahrnehmen. In einem solchen Zustand der »freundlichen« Anarchie könnten Staaten friedlich nebeneinander existieren. Selbst wenn einer oder mehrere Staaten sich aggressiv verhalten sollten, läge kein zwingender Grund vor, daß nun alle Staaten ein »realistisches« Selbsthilfeverhalten entwickeln müßten. Vorstellbar sei auch ein gemeinsames Vorgehen aller gegen die Aggressoren, was vorausgesetzt, daß eine gemeinsame kollektive Identität besteht oder sich spontan entwickelt.

Für Wendt ist Anarchie also nur eine notwendige Bedingung für ein »realistisches« Selbsthilfeverhalten, aber keine hinreichende. Die traditionellen Realisten erscheinen ihm deshalb als »realistischer«, da sie nicht wie die Neorealisten das Verhalten der Staaten ausschließlich aus den systemischen Bedingungen einer anarchischen Staatenwelt ableiteten, sondern in der Tradition von Hobbes den Staaten, bzw. den Menschen von vornherein aggressives Verhalten unterstellten. Der unbestimmte Zustand der Anarchie wurde durch das pessimistische Menschenbild inhaltlich gefüllt, wodurch die Notwendigkeit eines Selbsthilfeverhaltens hinreichend erklärt war (Wendt 1992: 409).

Diese exogene Festlegung der Interessen und Identitäten der Akteure wird jedoch grundsätzlich von der CIR hinterfragt. Ihre Kritik gilt auch den Neorealisten und Neoliberalen, die zwar den Akteuren nicht von vornherein ein aggressives Verhalten unterstellen, aber, soweit sie einem rationalistischen Wissenschaftsverständnis anhängen, ebenso von festgelegten In-

teressen und Identitäten ihrer nutzen- und machtmaximierenden Individuen ausgehen.

Gegenüber diesen essentialistischen Menschenbildern vertreten die CIR-AutorInnen ein konstruktivistisches: den einzelnen Menschen sind weder spezifische Interessen noch Identitäten vorgeben, sondern diese entstehen und verändern sich durch gesellschaftliche Interaktion. Aus poststrukturalistischer Sicht formen sogenannte Machtdispositive die jeweiligen Interessen und Identitäten (Foucault 1977), und aus neogramscianischer Sicht ergeben sich diese aus dem Zusammenspiel der jeweils in der Produktion eingenommenen Stellung und den politischen, ideologischen und kulturellen Auseinandersetzungen um Hegemonie (Gill 1991). Hier werde ich Wendts Ausführungen zum Verhalten von Staaten unter der Bedingung internationaler Anarchie vorstellen.

Individuen handeln gegenüber Objekten oder anderen Akteuren auf der Basis der Bedeutung, die diese Objekte oder Akteure für sie haben. Die Bedeutung wird in einem Prozess des Signalisierens, des Interpretierens und des Antwortens im gesellschaftlichen Leben hergestellt. Reziprokes Handeln schafft und reproduziert mehr oder weniger dauerhafte gesellschaftliche Strukturen, die die Bezugspunkte für Identitäten und Interessen darstellen. Inwieweit die Außenwelt als eine feindliche betrachtet wird, ist deshalb nicht eine Frage der menschlichen Natur oder eines globalen Steuerungszentrums, sondern eine Frage nach Form und Inhalt menschlicher Interaktion.

Allerdings kann aus neorealistischer Sicht eine solche »konstruktivistische« Kritik des Rationalismus für eine Interpretation heutiger internationaler Beziehungen für irrelevant erklärt werden. Denn unabhängig davon, ob die heutige Konkurrenz der Staaten untereinander Folge menschlicher Natur, systemischer Zwänge oder bedeutungsgeladener Interaktionsprozesse zwischen den Staaten ist, existiert diese Konkurrenz und erzwingt ein Selbsthilfeverhalten bei Strafe des Untergangs (Waltz 1986: 329).

Wendt bestreitet nicht, daß eine solche Hobbessche Welt sich selbst reproduzieren kann, wenn sie einmal entstanden ist. Er führt hierfür zwei Gründe an. Erstens tritt diese »Alle-gegen-Alle-Welt« gegenüber den Akteuren als gesellschaftliche Realität auf, die spezifische Verhaltensweisen fördert und andere unterdrückt. Zweitens sind die Akteure in der Regel am Erhalt ihrer relativ stabilen Rollenidentitäten interessiert. Die Akteure werden also durch ihr eigenes Verhalten zur Reproduktion der »gefährlichen« Anarchie beitragen. Dennoch sieht Wendt Möglichkeiten für die Überwindung einer solchen »realistischen« Welt, und zwar dann, wenn die Akteure mit den bisherigen Interaktionsformen und eigenen Identitäten unzufrieden sind. Dazu kann ein interaktiver Lernprozess beitragen, wie am Beispiel

der Durchsetzung des Prinzips staatlicher Souveränität aufgezeigt werden kann: Die Anerkennung von staatlicher Souveränität und die damit verbundene Praxis veränderte das Verständnis von Macht und Sicherheit. Erstens hätten Staaten begonnen, unter Sicherheit die Sicherung ihrer »Eigentumsrechte« an einem Territorium zu verstehen. Zweitens hätten sie sich, soweit sie das Souveränitätsprinzip verinnerlichten, respektvoller gegenüber den Territorialrechten anderer (schwächeren) Staaten verhalten. Drittens hätten sie sich mehr auf das institutionelle Gefüge der internationalen Gemeinschaft verlassen, da sie gelernt hatten, daß ihre eigene Souveränität von der Anerkennung durch andere Staaten abhängt. Lernprozesse seien zwar langsam und schrittweise, könnten aber durch Eintritt neuer Umstände, die das bisherige Selbstverständnis infrage stellen, beschleunigt werden (Wendt 1992: 412-415).

Wie Wendt selbst einräumt, ist diese Argumentationskette von restriktiven Annahmen abhängig. Zum einen müßten für einen derartigen Lernprozeß die staatlichen Akteure an absolut mehr Sicherheit anstatt an mehr Sicherheit im Verhältnis zu anderen Staaten interessiert sein. Zum anderen, und wohl bedeutsamer, setzt das Argument vom Lernprozess voraus, daß Identität und Interessen eines Staates durch die Interaktion mit anderen Staaten geformt werden und nicht durch innergesellschaftliche Prozesse, die vom jeweiligen Verhalten eines anderen Staates weitgehend unabhängig sind (Wendt 1992: 422-423).

Mit der Betonung der gesellschaftlichen Konstituierung von Interessen und Identitäten, die allen CIR-AutorInnen gemeinsam ist, geht die Ablehnung der Annahme von rational handelnden, nutzenmaximierenden Individuen und der mit dieser Annahme operierenden, der Mikroökonomie entlehnten Methoden, einher. Die ahistorischen und statischen Eigenschaften des methodologischen Individualismus würden auch nicht durch iterative »Spiele«, die den Faktor Zeit berücksichtigen (Axelrod 1986), behoben, da die dem Akteurshandeln unterstellte Zweckrationalität auch bei »Lernschritten« unverändert bleibt (Murphy/Tooze 1991: 19-21; Hurwitz 1989). Ebenso kritisieren die CIR-AutorInnen das instrumentelle Machtverständnis der utilitaristisch geprägten Arbeiten. Dieses reduziere Macht auf die Fähigkeit, Ressourcen gegenüber einem anderen Staat mobilisieren zu können. Somit könne weder diskursive noch strukturelle Macht thematisiert werden. Insbesondere Letztere würde im Neorealismus nur als Systemzwang, der aus dem Zustand der Anarchie erwachse, verstanden. Macht sei aber als ein relationales, gesellschaftlich konstituiertes Phänomen zu begreifen (Ashley 1984: 242-245; Guzzini 1993).

Die Neorealisten räumen selbst ein, daß Nutzenmaximierung nicht das gesamte Spektrum menschlichen Handelns erfaßt. Autoren wie Robert Keo-

hane erachten deshalb komplementäre Analysen mittels sogenannter »reflektiver« Ansätze für notwendig. An der Zweckmäßigkeit des methodologischen Individualismus halten sie aber im Kern fest (Keohane 1988). Die Berechtigung mit einem solchen reduktionistischen Konzept auf internationaler Ebene theoretisch operieren zu können, so die These Richard Ashleys, ziehen die Neorealisten paradoxerweise aus den Schwierigkeiten der utilitaristischen Theorie, gesellschaftliche Kohäsionskräfte zu erklären. Der unter anderen von Talcott Parsons erhobene Einwand, daß ohne allgemein akzeptierte Normen keine gesellschaftliche Ordnung zwischen zweckrational handelnden Individuen dauerhaft bestehen kann, greifen die Neorealisten auf und erheben es in der Form des Anarchie-Axioms zum Realitäts-Prinzip der Beziehungen zwischen den Staaten. Die vor allem von Mancur Olson herausgearbeitete Problematik des Trittbrettfahrers, die kollektives Handeln unter nutzenkalkulierenden Individuen behindert, wird herangezogen, um die Existenz einer Hegemonialmacht zu rechtfertigen. Selbst Marxens Kritik an der Fiktion der Vertragsfreiheit findet Eingang in das neorealistic Annahmengerüst. Für Marx war die Fähigkeit, die bei der Einhaltung der Vertragsverpflichtungen entstehenden Kosten externalisieren zu können, und zwar zu Lasten der Arbeiterklasse, die nur formal aber nicht real über Vertragsfreiheit verfügt, Grundlage der bürgerlichen Vertragsfreiheit. Analog gilt für den Neorealismus, daß die globale Stabilität am besten durch ein Kräftegleichgewicht zwischen wenigen Großmächten gewahrt wird, also durch die Unterordnung vieler kleiner Staaten unter wenige große (Ashley 1984: 247). Der Kunstgriff des Neorealismus bestünde somit darin, ein Konzept, das das Phänomen »Gesellschaft« nicht hinreichend erfassen kann, zur Beschreibung und Erklärung der Dilemmata der internationalen Ebene heranzuziehen, einer Ebene, die sich gerade durch das Fehlen von »Gesellschaft« auszeichnen soll. Der Gebrauch des methodologischen Individualismus und die ontologische Annahme einer in sich konkurrierenden Staatenwelt bestärken sich im neorealistic Gedankengebäude gegenseitig derart, daß das Wissen um die Anarchie im System der internationalen Beziehungen zu einer scheinbar allgemeingültigen Wahrheit wird.

7. Neogramscianische Kritik: Staatenzentrierung

Gemeinsam ist den CIR-AutorInnen (mit Ausnahme von Alexander Wendt, siehe oben) auch die Kritik an der Tendenz der Realisten, den Staat zum einzigen Akteur internationaler Beziehungen zu stilisieren. Der Vorwurf, die subnationale Ebene zu vernachlässigen, hat eine lange Tradition (siehe z.B. Wolfers 1959). Der Mainstream blieb davon jedoch weitgehend

unbeeindruckt. Selbst führende neoliberale Regime-Theoretiker (z.B. Stephen Krasner) operieren mit der Annahme, daß der Staat als »Körperschaft« Motive und Interessen hat, zwischen diesen entscheiden kann und unterschiedliche Instrumente zur Realisierung der getroffenen Entscheidungen einsetzt (Junne 1990: 356f). Dabei wird die Einheit des Staates als gegeben angenommen, dessen Existenz, Grenzen, etc. nur durch andere Staaten in Frage gestellt werden können. Zwar räumen einige neo-realistische Autoren ein, daß Staaten nicht als einheitliche, kohärente Akteure aufgefaßt werden können (Gilpin, Keohane). Diese Einsicht bleibt aber für ihre Theoriebildung ohne Konsequenzen, da sie weiter mit der Vorstellung des Staates als einer Instanz, die öffentliche Güter bereitstellt, Trittbrettfahrerprobleme überwindet etc., arbeiten (Ashley 1984: 238-240). Die traditionelle Kritik am »Staat-als-Akteur« Konzept entzündete sich zum einen an der Annahme, daß Außenpolitik ausschließlich durch die Interaktion mit anderen Staaten bestimmt wird und zum anderen daran, daß die Staaten als die einzigen Akteure internationaler Politik angesehen werden. Der erste Strang der Kritik fand seine Institutionalisierung in der Unterdisziplin »Außenpolitik«, in der zumeist aus pluralismus-theoretischer Sicht die jeweiligen innenpolitischen Determinanten der Außenpolitik eines Staates unter weitgehender Ausblendung der globalen Ebene analysiert werden.

Die Vorstellung vom »Staat-als-einzigem-Akteur« wird auch bereits seit langem, noch bevor die heutigen transnationalen Konzerne entstanden, kritisiert, und zwar zunächst normativ mit praktischen Konsequenzen: der zwischenstaatliche Kontakt sollte nicht allein der Geheimdiplomatie überlassen werden, sondern sollte möglichst viele gesellschaftliche Kräfte umfassen. Diese idealistische Vorstellung stieß auch nach dem 2. Weltkrieg gerade in der amerikanischen Bevölkerung auf viel Widerhall und fand ihre praktische Umsetzung in der Gründung vieler Organisationen, die sich dem Austausch zwischen Angehörigen einzelner Nationen verschrieben haben. Im Fach Internationale Beziehungen geriet die idealistische Position jedoch in die Minderheit.

Die neue Kritik knüpft weniger an den Wunschvorstellungen von einer Weltgesellschaft an, als vielmehr an den internen Spaltungen der Nationalstaaten (bzw. hinterfragt grundsätzlich »modernistische« Vorstellungen vom souveränen Staat; siehe Ashley 1988). Diese gesellschaftlichen Spaltungen bieten die Grundlage für mögliche grenzüberschreitenden Interessenkoalitionen, z. B. in der Form einer 3. Internationalen oder einer Trilateralen Kommission. Die Verbundenheit mit außernationalen Gruppen kann unter Umständen stärker als nationalstaatliche Bindungen ausfallen. Dies war jedenfalls die Meinung derer, die in der Geschichte der Nationalstaaten

immer wieder einzelne Gruppen vom politischen Leben ausschlossen, weil sie sich angeblich »fremden« Interessen loyaler als ihrem Nationalstaat gegenüber verhalten hätten. In den USA erlitten eine zeitlang Katholiken und in der Nachkriegszeit Kommunisten ein solches Schicksal. Grenzüberschreitende Loyalitäten existieren allerdings nicht nur unter subalternen Minderheiten. Charles Tilly interpretierte beispielsweise die Entstehung der Nationalstaaten als Strategie der jeweiligen kriegerischen Kasten, um sich gegenüber der Zivilbevölkerung analog zu mafiosen Schutzgelderpressern unentbehrlich zu machen (»states as protection rackets«; Tilly 1991). Richard Ashley gebrauchte eine vorsichtigeren und m. E. zutreffendere Formulierung: Das neorealistiche Konstrukt vom »Staat-als-Akteur« kann als Teil jener Strategien gewertet werden, mittels derer gesellschaftlich dominante Koalitionen versuchen, ihre Herrschaft zu legitimieren (Ashley 1984: 239).

Die umfassendsten theoretischen und empirischen Arbeiten zur Frage von transnationalen Koalitionen stammen aus neogramscianischer Feder. Gramscis Einsicht, daß sich bürgerliche Herrschaft nicht allein auf den Staat im engeren Sinne stützt, sondern ihre Basis in der sogenannten zivilen Gesellschaft findet, übertragen die Neogramscianer auf das Feld der internationalen Beziehungen, das sich gerade durch das Fehlen einer zentralen Zwangsgewalt auszeichnet. So läßt sich die liberale Weltmarktordnung der Nachkriegszeit als ein Projekt der international orientierten Kapitalfraktionen in den USA interpretieren, die zum einen wichtige Gruppen in den USA und zum anderen mittels der Ressourcen des US-Staates die anderen kapitalistischen Industrienationen in dieses Projekt hegemonial einbinden konnten. Der Kontakt zu den verbündeten Nationen wurde nicht nur auf Regierungsebene organisiert, sondern auch auf privaten Foren, die den jeweiligen international orientierten Kapitalfraktionen zur Interessenabstimmung dienten. Die amerikanischen Akteure waren hegemonial in dem Sinne, daß sie bei der Verfolgung ihrer langfristigen Interessen, die Interessen der verbündeten Nationen und Kapitalfraktionen mitberücksichtigten. Liberale Neorealisten wie Robert Keohane oder der spätere Sicherheitsberater von Präsident Carter, Zbigniew Brzezinski, nahmen dabei die Rolle von »organischen Intellektuellen« ein (Cox 1987, Pijl 1984, Gill 1990, 1993). Seitdem die USA als Nationalstaat über geringere Ressourcen zur Hegemonieausübung verfügen, stellt sich die Frage, inwieweit es den international orientierten Kapitalfraktionen gelingen wird, die Ressourcen anderer Staaten komplementär zu denen der USA zur Aufrechterhaltung der liberalen Weltmarktordnung zu nutzen (Scherrer 1990).

Diese neogramscianische Sichtweise stellt das Konstrukt »Staat-als-Akteur« somit radikal infrage: Nicht nur, daß die Nationalstaaten ihren Status

als einzig relevante Akteure verlieren, sie werden sogar den gesellschaftlichen Akteuren untergeordnet. Darüber hinaus kann Macht nicht mehr auf quantifizierbare Ressourcen reduziert werden, sondern beruht vor allem auf der Fähigkeit, ein Projekt zu formulieren, in dem potentielle in- und ausländische Bündnispartner ihre Interessen in ausreichendem Maße gewahrt sehen. Diese Fähigkeit kann natürlich nicht losgelöst von materiellen Ressourcen gedacht werden, ist aber auch nicht auf diese reduzierbar.

Insgesamt weist die aus recht unterschiedlichen Theorietraditionen gespeiste Kritik auf erhebliche analytische Defizite des neorealistischen Paradigmas hin. Erstens werden im Neorealismus all jene Verhaltensweisen aus der Analyse ausgeschlossen, die nicht zum Verhaltenskanon eines autonomen, mit anderen konkurrierenden und machtmaximierenden Individuums bzw. Staates gehören. Zweitens wird aufgrund eines Denkens in dichotomen Kategorien übersehen, daß die Konstituierung »souveräner« Staaten geradezu Bestandteil der Problematik von »Ordnung ohne einen Ordnungsstifter« ist. Drittens läßt sich mit der systemischen Variable »Anarchie« das Verhalten internationaler Akteure nicht hinreichend erklären. Da von gegebenen Interessen und Identitäten ausgegangen wird, bleibt die Analyse statisch. Viertens blendet die Annahme vom »Staat-als-einigem-Akteur« nicht nur nicht-staatliche Akteure globaler Beziehungen aus, sondern weist den staatlichen Akteuren a priori im Verhältnis zu den privaten Akteuren Vorrang zu. Schließlich erlaubt das instrumentelle Machtverständnis weder diskursive noch strukturelle Macht zu thematisieren.

Die CIR-Kritik macht zudem deutlich, wie Wissenschaftsverständnis, Annahmengerüst und Methoden der Neorealisten zur Reproduktion bestehender Herrschaftsverhältnisse beitragen. So perpetuiert beispielsweise die Beschützer/Beschützte-Dichotomie des sicherheitspolitischen Diskurses patriarchale Herrschaft. Die Privilegierung von »Souveränität« gegenüber »Anarchie« und die Anwendung von Modellen des nutzenmaximierenden Individuums lassen die dominante Stellung der USA gerechtfertigt erscheinen. Indem neorealistische Autoren zugleich von »Anarchie« als Systemzwang und von gegebenen Interessen und Identitäten der Akteure ausgehen, schließen sie von vornherein eine Überwindung bestehender Zustände durch »Lernprozesse« aus. Schließlich dient das neorealistische Konstrukt vom »Staat-als-einigem-Akteur« gesellschaftlich dominanten Koalitionen zur Legitimierung ihrer Herrschaft.

8. Grenzen der Critical International Relations

Obwohl die CIR-Kritik am Mainstream bereits als sogenannte dritte Debatte des Fachs Internationale Beziehungen bezeichnet wurde (Lapid 1989)

und obwohl Anthologien mit Kritik und Gegenkritik seit längerem vorliegen (Keohane 1986; International Organization 1984), kann von einem Dialog kaum die Rede sein. Auf die Positivismuskritik wurde aus Unverständnis nicht geantwortet (Waltz 1986: 337; Gilpin 1984: 286). Konkret eingegangen wurde allerdings auf die Kritik an der Staatenzentrierung. Waltz konzidierte beispielsweise, daß die Annahme vom »Staat-als-einzigem-Akteur« nicht die komplexe Wirklichkeit widerspiegele, aber zur Bildung einer Theorie der internationalen Beziehungen notwendig sei. Die Auseinandersetzungen um die jeweilige Außenpolitik müsse anderen Theorien überlassen werden und zwar analog zur angeblich gut funktionierenden Arbeitsteilung zwischen Volks- und Betriebswirtschaft (1986: 340f). Eine emphatischere Verteidigung vom »Staat-als-einzigem-Akteur« findet sich bei Alan James: alle Staaten sehen sich gegenseitig als einheitliche Akteure und versuchen immer, vom anderen Staat eine autorisierte Antwort zu erhalten (1989, siehe auch Keohane 1988: 386).

Die unzulängliche Auseinandersetzung des Mainstream mit CIR besagt jedoch nicht, daß Critical International Relations gegen Kritik gefeit sei. Allerdings wird die Kritik an CIR durch deren heterogene Theorietraditionen erschwert. Jede ausführliche Kritik an einzelnen CIR-AutorInnen müsste sich mit den Annahmen und Aussagen der jeweiligen Tradition, auf die sie sich beziehen, auseinandersetzen. Dies kann natürlich hier nicht geschehen. Vielmehr bietet es sich an, einige Themen der Kritik aufzugreifen, die mehr oder weniger auf alle CIR-Ansätze zutreffen.

Wiederholt wurde den CIR-AutorInnen vorgeworfen, daß es zwar wünschenswert sei, das Fach Internationale Beziehungen für eine Methodenpluralität zu öffnen, es ihnen an klaren Kriterien für die Wahl zwischen den konkurrierenden Erklärungen fehle (Biersteker 1989: 265; siehe auch Lapid 1989: 249). Diese Art der Kritik möchte zwar die rigiden Vorstellungen von Wissenschaftlichkeit der Positivisten überwinden, aber gleichzeitig nicht auf den wissenschaftlichen Heiligenschein für Erklärungsansätze verzichten. Wird jedoch einmal der positivistische Wissenschaftlichkeitsanspruch in Frage gestellt, dann geht jeder Versuch, universelle Kriterien für die Wissenschaftlichkeit und für den wissenschaftlichen Fortschritt zu entwickeln, fehl (Feyerabend 1976). Die vermeintliche Sicherheit, die der Glaube an eine übergeordnete Instanz der Wissenschaftlichkeit verleiht, sollte zugunsten der Anstrengungen, immer wieder aufs neue die Plausibilität des eigenen Ansatzes zu demonstrieren, aufgegeben werden. Durch Offenlegung der Annahmen und des Prozesses des Theoretisierens mag dies wohl am besten gelingen.

Desweiteren kann eingewandt werden, daß trotz der Erkenntnis, daß Interessen und Identitäten gesellschaftlich geformt und somit veränderbar sind,

zunächst von »realistischen« Interessen und Identitäten der zentralen Akteure internationaler Beziehungen ausgegangen werden muß, da diese in tiefgreifender und umfassender Form reproduziert werden. In der Tat besteht unter anderen bei Alexander Wendt und bei einigen feministischen Arbeiten (z.B. Tickner 1992) die Gefahr, die Kritik am Neorealismus auf dessen ahistorisches, reduktionistisches Menschenbild zu verkürzen. Dies verleitet Wendt und Tickner dazu, auf Kosten einer Analyse derzeitiger Herrschaftsverhältnisse zum einen die Lernpotenzen von Staaten und zum anderen die Möglichkeiten zur internationalen Kooperation mittels Integration »weiblicher« Eigenschaften in den Kanon internationaler Verhaltensweisen zu optimistisch zu bewerten. Eine Analyse der Ist-Bedingungen könnte nämlich ergeben, daß einerseits interne Herrschaftsverhältnisse »Lernprozesse«, die sich aus der Interaktion der Staaten ergeben, verhindern und daß andererseits Herrschaft in Form von »männlich« reduziertem menschlichen Verhalten auftritt, und gerade deshalb »realistischer«, d.h. zutreffender mit reduktionistischen »männlichen« Konzepten analysiert werden kann.

Der Vorwurf, nicht ausreichend »realistisch« zu sein, trifft poststrukturalistische und neogramscianische Ansätze weniger, denn Herrschaft und Macht gehören zu ihren zentralen analytischen Konzepten. Die Arbeiten von Ashley, Peterson und Walker sind höchstens deshalb nicht ausreichend »realistisch«, weil sie einerseits aufgrund ihrer poststrukturalistischen Epistemologie Akteurshandeln nicht thematisieren können (George 1989: 276) und sie andererseits kaum Anstrengungen unternommen haben, die Prozesse der Kapitalakkumulation in ihre Analysen zu integrieren. Es liegen zwar Versuche vor, Foucaultsche Einsichten für polit-ökonomische Fragen fruchtbar zu machen, allerdings nur als Kritik theoretischer Diskurse. Beispielsweise kritisiert James Keeley die den neoliberalen Regimetheorien zugrundeliegende Vorstellung eines Gesellschaftsvertrages, die es nahe legt, Regime als wohltätige, freiwillige, kooperative und somit legitime Vereinigungen anzusehen. Regime seien jedoch eher durch die Anwendung von verhaltensformenden und kontrollierenden Instrumenten gekennzeichnet. Sie seien deshalb immer auch Fokus und Ort von Auseinandersetzungen. Die im Regime wirksamen Ordnungskräfte könnten Widerstände geradezu erzeugen (Keeley 1990).

Aus ähnlicher Richtung, angeleitet von den Arbeiten Gaston Bachelards, versucht Isabelle Grunberg (1990) die Mythen aufzudecken, die einigen »Erzählungen« des Neorealismus soviel Überzeugungskraft verleihen. Vorstellungen von einer fürsorglichen Vaterfigur, von undankbaren Kindern, von einem natürlichen Lebensrhythmus des Wachsens sowie Vergehens und von einem verlorengegangenen goldenen Zeitalter würden in den

verwendeten Metaphern zur Veranschaulichung der Theorie der hegemonialen Stabilität durchscheinen. Dieser Rekurs auf bekannte archaische, jüdisch-christliche Mythen würde die zentralen Aussagen dieser Theorie plausibel erscheinen lassen, nämlich, daß nur ein einziger Akteur, derzeit die USA, in der Lage ist, das »öffentliche Gut« einer liberalen Weltmarktordnung bereitzustellen, und daß die Kraft hierzu aber durch das Trittbrettfahrerverhalten der anderen Akteure unterminiert wird.

An den neogramscianischen Arbeiten kann kritisiert werden, daß sie wie viele marxistisch inspirierte Ansätze dazu neigen, die Kraft nationalistischer Diskurse zu unterschätzen. Dieser Bias ist aber dem Ansatz nicht eingeschrieben und kann deshalb auch innerhalb des neogramscianischen Diskurses korrigiert werden.

Zuletzt möchte ich noch den Einwand aufgreifen, daß die kritische Intention der CIR unvermittelt zur politischen Praxis emanzipativer Bewegungen bleibt (Wiener 1992). Wie eingangs erwähnt tragen keine »historischen Subjekte« die CIR-Kritik. Die neogramscianischen Ansätze stellen in gewisser Weise Gramsci sogar auf den Kopf, indem sie sich fast ausschließlich auf die hegemonialen Strategien der bereits Herrschenden konzentrieren, während Gramscis Analysen durch die Frage, wie die Arbeiterklasse gesellschaftliche Hegemonie erringen könnte, motiviert waren. Ohne Kenntnis der derzeitigen hegemonialen Strategien ist allerdings die Entwicklung von Gegenmacht kaum denkbar. Auch ist zu bedenken, daß wenn der gesellschaftliche Wert von Erkenntnissen nur durch den Nachweis eines unmittelbaren Nutzens für irgendwelche InteressentInnen erbracht werden könnte, die Wissenproduktion stark eingeschränkt werden würde. Kritik als solche hat ihren Wert.

Die hier vorgestellte Kritik der theoretischen Annahmen des Neorealismus weist erstens auf erhebliche analytische Defizite des neorealistischen Paradigmas hin und macht zweitens deutlich, wie das Wissenschaftsverständnis, das spezifische Gerüst von Annahmen und die Methoden dieses Ansatzes zur Reproduktion bestehender Herrschaftsverhältnisse beitragen. Der Wert der Positivismus-Kritik liegt für emanzipative Bewegungen gerade darin, daß der implizit vorhandene Herrschaftsanspruch hinter einem von ahistorischen Gesetzmässigkeiten ausgehenden Wissenschaftsverständnis offengelegt und der Blick für Alternativen geöffnet wird. Wenngleich der Glaube an die Gesetzmässigkeit historischen Fortschritts die Arbeiterbewegung eine zeitlang beflügelte, so zeigt doch gerade deren Geschichte, daß emanzipative Impulse eher von der Überwindung deterministischer Sichtweisen zu erwarten sind.

Das Verlassen des scheinbar sicheren positivistischen Bodens führt zu produktiven Verunsicherungen, die Raum für neue Forschungsfragen und

Methoden schaffen. Die Theorievielfalt allein der hier vorgestellten Arbeiten veranschaulicht dies. Die Kritik an der Vorstellung, gesellschaftliche Wirklichkeit könnte mit empirischen Methoden »objektiv« erfasst werden, impliziert keineswegs, auf die Beschäftigung mit dieser Realität zu verzichten. Vielmehr steht als Aufgabe an, die bestehenden Blindstellen und Vermittlungslücken der Critical International Relations auszufüllen.

Literatur

- Adorno, Theodor W., u.a. 1969: *Der Positivismusstreit in der deutschen Soziologie*, Neuwied.
- Ashley, Richard K., 1988: Untying the Sovereign State: A Double Reading of the Anarchy Problematique, in: *Millennium*, 17(2).
- Ashley, Richard K., 1984: The Poverty of Neorealism, in: *International Organization* 38(2) 225-286.
- Axelrod, Robert, 1986: An Evolutionary Approach to Norms, in: *American Political Science Review*, Vol. 34, 1095-1111.
- Biersteker, Thomas J., 1989: Critical Reflections on Post-Positivism in International Relations, in: *International Studies Quarterly*, 33(3) 263-267.
- Birckenbach, Hanne-Margret 1991: Paradigmen der internationalen Politik. Eine Kritik aus der Perspektive feministischer Friedensforschung, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 36.Jg., Heft 8.
- Boserup, Ester, 1970: *Women's Role in Economic Development*, London, Allen and Unwin.
- Cox, Robert W., 1987: *Power, Production, and World Order*, New York, Columbia University Press.
- De Giovanni, Biago et al., 1978: *Gramsci-Debatte 1. Hegemonie, Staat und Partei*, Hamburg.
- Der Derian, James, and Michael J. Shapiro (eds.) 1989: *International/Intertextual Relations: Postmodern Readings of World Politics*, Lexington.
- Der Derian, James, 1992: *Antidiplomacy. Spies, Terror, Speed, and War*, Cambridge, MA, Blackwell.
- Diamond, Irene, and Lee Quinby (eds.) 1988: *Feminism & Foucault*, Boston, Northeastern University Press.
- Elshtain, Jean Bethke, 1992: Sovereignty, Identity, Sacrifice, in: V. Spike Peterson (ed), *Gendered States. Feminist (Re)Visions of International Relations Theory*, Boulder, Lynne Rienner, 141-154.
- Feyerabend, Paul, 1976: *Wider den Methodenzwang*, Frankfurt, Suhrkamp.
- Fink-Eitel, Hinrich, 1989: *Foucault zur Einführung*, Hamburg, Junius.
- Foucault, Michael 1977: *Sexualität und Wahrheit, Band I: Der Wille zum Wissen*, Frankfurt.
- George, Jim, 1994: *Discourses of Global Politics: A Critical Introduction to International Relations*, Boulder, Col., Lynne Rienner.
- George, Jim, 1993: Of Incarceration and Closure: Neo-Realism and the New/Old World Order, in: *Millennium* 22(2) 197-234.
- George, Jim, 1989: International Relations and the Search for Thinking Space: Another View of the Third Debate, in: *International Studies Quarterly* 33(3) 269-279.
- Gill, Stephen, 1990: *American Hegemony and the Trilateral Commission*, New York, Cambridge University Press.
- Gill, Stephen, 1991: Historical Materialism, Gramsci, and International Political Economy, in: Craig N. Murphy and Roger Tooze (ed.) *The New International Political Economy*, Boulder, Lynne Rienner Pub., 51-76.
- Gill, Stephen, (ed) 1993: *Gramsci, Historical Materialism and International Relations*, Cambridge, Cambridge University Press.

- Gilpin, Robert, 1984: The Richness of the Tradition of Political Realism, in: *International Organization* 38(2) 287-304.
- Grant, Rebecca, 1991: The Sources of Gender Bias in International Relations Theory, in: dies. u. Kathleen Newland (ed.) *Gender and International Relations*, Bloomington, Indiana University Press.
- Grieco, Joseph M., 1990: *Cooperation among Nations. Europe, America, and Non-tariff Barriers to Trade*, Ithaca, N.Y., Cornell Univ. Press.
- Grunberg, Isabelle, 1990: Exploring the »Myth« of Hegemonic Stability, in: *International Organization* 44(4) 431-477.
- Guzzini, Stefano, 1993: Structural Power: The Limits of Neorealist Power Analysis, in: *International Organization* 47(3) 443-478.
- Holsti, Ole R., 1991: International Relations Models, in: Michael J. Hogan and Thomas Patterson (eds.) *Explaining the History of American Foreign Relations*, New York, Cambridge University Press, 58-88.
- Horkheimer, Max, und Theodor W. Adorno, 1969: *Dialektik der Aufklärung*, Frankfurt, Fischer Verlag.
- Hübner, Kurt, 1990: »Wer Macht hat, kann sich alles erlauben!« Anmerkungen zu den Konzepten Hegemonie - Dominanz - Macht - Kooperation in der globalen Ökonomie, in: *Prokla* 20(4) Heft 81, 66-90.
- Hurwitz, Roger, 1989: Realism and Social Fictions in the Prisoner's Dilemma, in: James Der Derian and Michael J. Shapiro (eds.) *International/Intertextual Relations: Postmodern Readings of World Politics*, Lexington, 113-134.
- International Organization* 1984, 38(2).
- James, Alan, 1989: The Realism of Realism: the State and the Study of International Relations, in: *Review of International Studies*, 15, 215-229.
- Junne, Gerd, 1990: Theorien über Konflikte und Kooperation zwischen kapitalistischen Industrieländern, in: Volker Rittberger (Hg.), *Theorien der Internationalen Beziehungen*, Wiesbaden, Westdeutscher Verlag, 353-374.
- Keeley, James F., 1990: Toward a Foucauldian Analysis of International Regimes, in: *International Organization* 44(1) 83-105.
- Keohane, Robert O., 1988: International Institutions: Two Approaches, in: *International Studies Quarterly*, 32(4) 379-396.
- Keohane, Robert O., (ed.) 1986: *Neorealism and Its Critics*, New York, Columbia University Press.
- Krausch, Christiane, 1990: Szientismus, in: Hans Jörg Sandkühler (Hrsg.) *Europäische Enzyklopädie zu Philosophie und Wissenschaft*, Hamburg, Felix Meiner Verlag, 506-508.
- Lapid, Yosef, 1989: The Third Debate: On the Prospects of International Theory in a Post-Positivist Era, in: *International Studies Quarterly* 33 (Sept.) 235-254.
- Meyers, Reinhard, 1991: Grundbegriffe, Strukturen und theoretische Perspektiven der Internationalen Beziehungen, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) *Grundwissen Politik*, Bonn, 220-316.
- Meyers, Reinhard, 1993: Die Theorie der internationalen Beziehungen im Zeichen der Postmoderne, in: *WeltTrends* 1(1) 51-79.
- Murphy, Craig N., and Roger Tooze, 1991: Getting Beyond the »Common Sense« of the IPE Orthodoxy, in: Craig N. Murphy and Roger Tooze (ed.) *The New International Political Economy*, Boulder, Lynne Rienner Pub., 11-31.
- Peterson, V. Spike, (ed) 1992: *Gendered States. Feminist (Re)Visions of International Relations Theory*, Boulder, Lynne Rienner.
- Peterson, V. Spike, 1992a: Security and Sovereign States: What Is at Stake in Taking Feminism Seriously?, in: V. Spike Peterson (ed), *Gendered States. Feminist (Re)Visions of International Relations Theory*, Boulder, Lynne Rienner, 31-64.
- Pijl, Kees van den, 1984: *The Making of an Atlantic Ruling Class*, London, Verso.
- Putnam, Robert D., 1988: Diplomacy and Domestic Politics: the Logic of Two-Level Games, in: *International Organization* 42(3) 427-460.

- Sassoon, Anne Showstack, (ed.) 1982: *Approaches to Gramsci*, London, Writers and Readers Publ. Cooperative.
- Scherrer, Christoph, 1990: Handelskrieg oder Kooperation? Perspektiven transatlantischer Wirtschaftsbeziehungen, in: *Argument*, Heft 182, 575-581.
- Sklar, Holly (ed.), 1980: *Trilateralism. The Trilateral Commission and Elite Planning for World Management*, Boston, South End Press.
- Tickner, J. Ann 1988: Hans Morgenthau's Principles of Political Realism: a Feminist Reformulation., in: *Millenium*, 17(3) 429-444.
- Tickner, J. Ann, 1992: *Gender in International Relations*, Columbia Univ. Press.
- Tilly, Charles 1991: *Coercion, Capital and European States, AD 990-1990*, Cambridge, Mass., Blackwell.
- Tooze, Roger, 1985: International Political Economy, in: Steve Smith (ed) *International Relations, British and American Perspectives*, Oxford, Basil Blackwell, 108-125.
- Tudyka, Kurt, 1990: Politische Ökonomie der internationalen Beziehungen, in: Volker Rittberger (Hg.), *Theorien der Internationalen Beziehungen*, Wiesbaden, Westdeutscher Verlag, 130-150.
- Walker, R.B.J., 1993: *Inside/Outside: International Relations as Political Theory*, Cambridge, Cambridge University Press.
- Waltz, Kenneth N., 1986: Reflections on Theory of International Politics: A Response to My Critics, in: Robert O. Keohane, (ed.) *Neorealism and Its Critics*, New York, Columbia University Press, 232-345.
- Wendt, Alexander, 1992: Anarchy is What States Make of It: The Social Construction of Power Politics, in: *International Organization* 46(Spring), 391-425.
- Wendt, Alexander, 1987: The Agent-Structure Problem in International Relations Theory, in: *International Organization* 41(3) 335-370.
- Wiener, Antje, 1992: *Creating Space for Different Interests in International Relations Theory*, Manuskript, Carleton University, Ottawa.
- Wolfers, Arnold, 1959: The Actors in International Politics, in: William T.R. Fox (ed), *Theoretical Aspects of International Relations*, Notre Dame, Notre Dame University Press, 83-106.

PROKLA 97, Dez. 1994: Zwischen Markt und Staat

Während lange Zeit Markt und Staat einander dichotomisch gegenübergestellt wurden, werden seit einigen Jahren verstärkt die nicht-ökonomischen Voraussetzungen des Funktionierens von Märkten, die Bedeutung von Netzwerken und Institutionen zur Kenntnis genommen und die ökonomischen, politischen und sozialen Implikationen des »Dritten Sektors« (der neben dem staatlichen und dem privaten existiert) diskutiert. Liegen diesen Diskussionen lediglich neue Sichtweisen alter Verhältnisse zugrunde oder drücken sich in ihnen substantielle Veränderungen gesellschaftlicher Beziehungen aus? Was läßt sich diesen Diskursen über das Verhältnis von Markt, Demokratie und Zivilgesellschaft entnehmen? Die Redaktion lädt zur Einsendung von Manuskripten ein.